

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Gründet: wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M., Einzelgenpreis die Ausgabe, Colonne für Arbeitsnachte 75 Pfa., Gehalts- und Privatanzähler 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rückfragen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 9.

Duisburg, den 1. März 1919.

20. Jahrgang

Zur Frage der Akkordarbeit

Der Arbeitskollege Sch. aus Essen schreibt im Anschluß an den Artikel „Akkordarbeit heute und einst“ in Nr. 6 unseres Verbandsorgans:

Die Frage, ob Akkordlohn oder Zeitlohn, steht heute im Mittelpunkt der Fragen, die den Arbeiter beschäftigen. Sehr oft hört man das Wort „Akkord ist Mord“. Gegen diesen Ausspruch macht auch die Metallarbeiterzeitung, das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einigen Zuschriften Front und weist nach, daß Akkord und Mord doch grundverschiedene Dinge sind und daß im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Arbeiterschaft die Akkordarbeit wünschenswert und notwendig ist.

Wenn aus der Preisfestsetzung (Kalkulation) die Ungerechtigkeit und Masseneffizienz ferngehalten wird, wenn die Preisfestsetzung durch gerechte, praktisch und theoretisch geschulte Personen ausgeübt wird, dann wird auch die Arbeiterschaft einsehen, daß der Stücklohn oder die Akkordarbeit eine gerechte Lohnnorm ist. Arbeiterschaft und Industrie haben ein gleich großes Interesse an der Verbeibaltung des Akkordlohnes. Ja, man kann sagen, daß bei einem Zeitlohn, die Aussichten für die deutsche Arbeiterschaft schmärzer sind, als für die Industrie. Von dem Verhalten der Arbeiterschaft in der Zeit- und Stücklohnfrage, hängt zu einem großen Teil die Zukunft des deutschen Volkes ab. Spannen wir nicht alle Kräfte an, um den Weltmarkt widerzuerobern, dann gibt es geringeren Lohn und Arbeitslosigkeit, wie sie das deutsche Volk noch nie gekannt hat. Die deutsche Industrie soll aber, um ihre Konkurrenzfähigkeit sich wieder zu erobern, nicht Raubbau an der Arbeiterschaft treiben, dem ja übrigens jetzt auch starke Regeln vorgegeben sind. Auf dem Gebiete der Sozialisierung, Normalisierung und Serienfabrikation, läßt sich manches für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie machen. Was nicht im alten Deutschland war, wird im neuen Deutschland werden müssen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß sich die Herstellungskosten in manchem Betrieb herabdrücken lassen, ohne daß man mit der berüchtigten Akkordschere den Anfang macht. Wollte ich hier einige Beispiele anführen, so würden dieselben Stoffschütteln hervorrufen. Für die denkende Arbeiterschaft steht fest, daß ein Betrieb nur dann profitabel arbeiten kann, wenn es der Betriebsleitung gelingt, durch gezielte Arbeitsleistung, Einführung zweckentsprechender, Arbeit sparender Einrichtungen usw., die Bearbeitungszeiten möglichst abzukürzen. Auch das ist im neuen Deutschland mehr wie bisher möglich.

Die deutsche Arbeiterschaft sollte gewillt sein, durch Verbeibaltung des Stücklohnes, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, aufrecht zu erhalten. Voraussetzung bei der Akkordpreisfestsetzung ist Objektivität und das Bestreben, beiden Teilen, — Arbeitnehmern sowohl wie Arbeitgebern — nach Möglichkeit gerecht zu werden. Dies ist eine Forderung, welche die Arbeiterschaft mit vollem Recht aufstellen kann. Reineswegs dürfen die Akkordpreise nach sogenannten „Glanzleistungen“ festgesetzt werden, denn dazu sind die Arbeiter zu verschiedenartig veranlagt und befähigt. Wie verschiedenartig die Veranlagung und Fähigkeit der Arbeiter ist, dafür ein Beispiel: Drei Dreher drehen auf gleichwertigen Maschinen die gleiche Anzahl eines Gegenstandes zu gleichen Preisen. Einer der Leute verdient an der Arbeit pro Stunde 1,65 M., der zweite 1,05 M., während der dritte nur bis zu 0,60 M. bringt. In diesem Betrieb sollte 1,60 M. pro Stunde garantiert verdient werden; selbst wenn man die Glanzleistung des ersten Drehers bei Festsetzung des Akkordes außer Betracht läßt und ihn nach der Leistung des zweiten Drehers festsetzt, dann bleibt der dritte Dreher noch beträchtlich hinter dem garantierten Verdienst zurück. Sage mir nun mal ein Arbeiter, was er in einem solchen Falle tun würde, wenn er Kalkulator oder Werkmeister wäre?!

So wie dieser Fall, gibt es Tausende ähnlicher Fälle. Wie die Verschiedenartigkeit der Arbeiter auf den Akkordverdienst einwirkt, so tut das auch die Beschaffenheit des Werkzeuges. Leider scheinen manche Betriebsleiter ein großes Interesse an der schlechten Beschaffenheit des Werkzeuges zu haben. Ob dadurch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und des ganzen Betriebes gehoben wird, will ich stark bezweifeln; mir scheint das eher eine verkehrte Sparfameit zu sein. Ueberhaupt tragen die schlechten Werkzeugverhältnisse ein großes Teil Schuld an den Klagen über die Akkordarbeit. Ein weiterer Punkt, der zu wenig bei der Akkordfestsetzung berücksichtigt wird, ist die sogenannte tote Zeit. Unter dieser toten Zeit versteht man diejenige Zeit, in der nicht produktiv gearbeitet wird, wie Herrichten der Maschine, Auf- und Abspannen, Werkzeugsuchen, Werkzeugeinrichten usw. Auch durch das zu niedrige Einsehen der toten Zeit in den Akkordpreis entstehen die meisten Differenzen in Akkordfragen.

Mögen alle diejenigen, die mit der Akkordpreisfestsetzung zu tun haben, in Zukunft mehr wie bisher auf die hier angeführten Punkte Rücksicht nehmen, dann bin ich überzeugt, daß auch die Arbeiterschaft im Akkordlohn nicht die Peinliche des Unternehmertums erblickt, sondern einen sozialen Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen. Jeder Arbeiter muß bestrebt sein, in seinem Fach so tüchtig, wie möglich zu werden; das gilt ganz besonders für die jüngeren Arbeiter. Die Arbeiterschaft will für die Arbeit nicht nur Geld haben, sondern sie will dieses Geld redlich verdienen, und verdient es

nur, wer in seinem Fach tüchtig ist. Manche Klage über die Akkordarbeit würde heute nicht erhoben, wenn man früher etwas mehr für die fachliche Ausbildung unserer jungen Arbeiter getan hätte. Untüchtige, unfähige Arbeiter sind ein Hemmschuh für die Akkordarbeit, für unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und sie werden später auch diejenigen sein, welche uns unser Ideal — die Tarifverträge — vereiteln. Kollegen, verwerft nicht wegen einzelner Mängel die Akkordarbeit. Ihr werdet später sehen, daß ihr gut daran tut, wenn die Akkordarbeit tariflich festgelegt wird, ihr ein gewichtiges Wort nach links und rechts mitreden könnt. Stärkung der Organisation, das ist das beste Mittel zur Beseitigung der Auswüchse im Akkordlohnsystem.

Zur Bezahlung der Überstunden

In der Vereinbarung der Arbeitsgemeinschaft zu Düsseldorf, für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrieller und den Metallarbeiterorganisationen, heißt es unter Bezahlung von Überstunden:

Die 48 Stunden wöchentlich überschreitende Arbeitszeit ist als Ueberarbeit zu betrachten. Für Ueberarbeit ist zu bezahlen: an Wochentagen: 25 Prozent.

Die Auslegung dieses Punktes war in Gesellschaften sehr verschieden und die Klagen der Kollegen, welche gezwungen waren, Ueberstunden zu machen, mehrten sich. Bei einer Sitzung der Organisationsvertreter, der beiden Obmänner des Arbeiterausschusses, mit der Leitung eines hiesigen größeren Werkes, wurde auch diese Frage besprochen. Da keine Einigung zustande kam, so wurde dieses der örtlichen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer übergeben. Die wandte sich um Klärung der Angelegenheit an die Spitzenverbände und legte folgende Fragen vor:

- a) Ist der Lohnzuschlag von 25 Prozent für Ueberarbeit auf den alten 10 stündigen Stundenlohn oder auf den sich nach dem Lohnausgleich ergebenden 8 stündigen zu zahlen?
- b) Wird die tägliche Ueberarbeit mit Lohnzuschlag bezahlt oder die nach der 48 stündigen Wochenarbeitszeit geleistete Ueberarbeit?

Darauf wird von Arbeitnehmerseite folgende Unterfrage gestellt:

Ein Arbeiter, dessen normale Arbeitszeit von 6 bis 2 Uhr läuft, verspätet sich an einem Tage um zwei Stunden, holt aber die veräumte Zeit an demselben Tage dadurch ein, daß er bis 4 Uhr arbeitet. Wird nun die Arbeitszeit von 2 bis 4 Uhr auch dann, wenn die wöchentliche 48 stündige Arbeitszeit nicht erreicht, oder nicht überschritten worden ist, mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt?

Darauf ging am 21. Januar folgende Erklärung ein:

1. Ist der 8-Stundentag gemäß der Vereinbarung der Arbeitsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustriellen vom 20. und 21. November, Ziffer 9, I. a-b dauernd eingeführt und werden dann Ueberstunden über die Dauer der 8 Stundenzeit hinaus gemacht, so erfolgt die Berechnung der 25 Prozent Lohnzuschlag als Ueberarbeit nach dem neuen Stundenlohn; z. B. ein Arbeiter hat in 10 Stunden 16 Mark verdient, er bekommt jetzt in 8 Stunden ebenfalls 16 Mark. Macht er zwei Ueberstunden, so erhält er 2 Mark und 25 Prozent (gleich 0,50 Mark) gleich 2,50 Mark für jede Ueberstunde.

Ist die 8 Stundenarbeitszeit gemäß der Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft noch nicht eingeführt, so erfolgt die Berechnung der Mehrarbeitsstunden über die 8 Stundenarbeitszeit hinaus nach dem alten Stundenlohn.

2. Als Ueberarbeit gilt die normale, 8 Stunden Arbeitszeit überschreitende Arbeit. z. B. ein Arbeiter war drei Tage krank. Er muß in den nächsten Tagen 10 Stunden Arbeit leisten und bekommt dafür täglich 2 Stunden Ueberarbeit angerechnet.

B. Ein Arbeiter, dessen normale Arbeitszeit von 6 bis 2 Uhr läuft, verspätet sich an einem Tage um 2 Stunden, holt aber die veräumte Zeit dadurch ein, daß er bis 4 Uhr arbeitet. Dann ist die Zeit von 2 bis 4 Uhr Ueberarbeit und mit 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Die 2 Stunden, die er durch Verspätung morgens verloren hat, können ihm nach Belieben des Wertes als normaler Arbeitsstundenverdienst abgezogen werden.

Hierdurch ist Klarheit geschaffen worden und einer einseitigen Auslegung vorgebeugt. Unsere Kollegen und Kolleginnen wissen, was ihnen zusteht und können sie sich vor Ueberverkürzung schützen.

Spartakus im Ruhrgebiet

Nach den ersten größeren Streikputschen im Ruhrgebiet im Januar dieses Jahres wollte jetzt Spartakus eine Gewalttätigkeit machen. Unter dem Zeichen: „Masse für Ribbentrop und Luxemburg, keine Tonne Kohlen der Regierung Ebert-Scheidemann“, proklamierte Spartakus den Generalstreik. Von seinen Hauptburgen Düsseldorf, Mülheim, Hamborn, zogen die

Entsätze aus, um für den Generalstreik, besonders auf dem Ruhrgebiet zu wirken. Über die Mehrheit der Arbeiter konnte kein solches Vorgehen entschieden ab. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist sich seiner Pflichten gegen die Arbeitsgenossen und gegen das Volksganze viel zu sehr bewußt, als daß er sich durch solche niederträchtigen Machinationen beeinflussen ließe. Besonders die christlich organisierte Arbeiterschaft weiß, daß in einer solchen furchtbaren Zeit wie heute, nur rastlose Arbeit uns retten kann und daß jeder Streik ein Spatenstich mehr am Grabe des deutschen Volkes und also auch der Arbeiterschaft bedeutet. Und danach handelte vor allem die christlich organisierte Arbeiterschaft und arbeitete. Als Spartakus sah, daß er mit „mündlichen“ Liebeswerben nicht auszuviel ausrichtete, versuchte er mit stärkeren Mitteln zu seinem Ziel zu kommen. Handgranaten, Maschinengewehre, Geschütze, Minenwerfer usw., waren die Zeichen spartakistischer Freiheit, mit denen man die rechtlich denkende Arbeiterschaft zwingen wollte. Und nun gings los.

Die Besen und Hüttenwerke suchte Spartakus zu besetzen. Auf manchen kam es zu harten Kämpfen; so z. B. auf der Besse Lothringen, wo die Bergleute mit Haden und Kolben vier heißblütige Spartakisten erschlugen, daß diese „Herren“ das Aufstehen vergaßen. Als die übrige Spartakusbande sah, daß sie nichts verdienen konnte, räumte sie mit der Spartakus eigenen „Tapferkeit“ schließlich das Feld. In den meisten Fällen mußten sich natürlich die Arbeiter den Maschinengewehren von Spartakus beugen.

Die Zahl der vom Streik betroffenen Schachtanlagen beträgt etwa 80. Insgesamt sind im Ruhrkohlengebiet 250 Schachtanlagen vorhanden. Die Gesamtbelegschaft betrug Ende Januar 430 000 Mann. Auf den vom Streik betroffenen Besen waren im Ausmaß 70 Prozent der Belegschaft, von der ganzen Belegschaft des Ruhrreviers etwa 25 Prozent.

In der Großindustrie hat der Streik nicht in dem Maße an Umfang gewonnen. Doch liegen die Gewerkschaft Deutscher Kaiser und die Gutehoffnungshütte still.

Wie geradezu teuflisch das spartakistische Gesindel handelt, zeigt folgende Tatsache: Auf der Besse Engelsburg in Bochum kamen am 19. Februar zum Schlichtwechsel in einem Automobil 15 Spartakusleute an, die die Belegschaft an der Arbeit hindern wollten. Nach Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß entschloß sich die Belegschaft, der Arbeit fernzubleiben. Als die Bergleute sich anhielten, nach Hause zu gehen, schleuderten die Spartakusleute plötzlich Handgranaten unter die Trupps. Zwei Bergleute wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt.

Die spartakistischen Führer geben ihren Untergebenen nicht nur nichts darin nach, sondern sie gehen ihnen mit gutem Beispiel voran. In Mülheim-Ruhr waren ruhig ihres Weges gehende Arbeiter von Spartakisten, die „aus Spaß“ mit geladenen Gewehren herumjummelten, auseinandergeagt worden. Um die Arbeiter auf „dem Laufenden“ zu halten, wurden ihnen einige Gewehrgehäuse nachgeschickt, durch welche der Arbeiter Tarnen schwer verletzt wurde. Einige Arbeiter beschwerten sich beim Spartakistenführer Serfort darüber, er solle den Namen des Schützen feststellen lassen. Dieses durch aus vernünftige Ersuchen lehnte Serfort ab. Als der Arbeiter Schmitz seine Empörung über dieses Verhalten ausdrückte, zog Serfort sofort eine Schußwaffe hervor, richtete den Lauf auf Schmitz und sagte: „Wenn du nicht sofort ruhig bist, du dumme Junge, dann werde ich dir zeigen, was Freiheit ist.“ Mit diesen Worten zog Serfort ab.

Das nennt der Häuptling des spartakistischen Ungeziefers „Freiheit“. Bis jetzt wiegten sich eine Anzahl von Arbeitern ganz besonders aber der Bürgerstand in dem Wahn, daß Spartakus auch eine „Weltanschauung“ verkörpere und daß man nicht sofort den Sab über ihn brechen dürfe. Diese Trandsklampfen werden durch die Vorgänge im Rhein-Ruhrgebiet endlich wohl belehrt worden sein. Spartakus ist eine organisierte Mörder- und Räuberbande; nur ganz wenige machen eine Ausnahme. Selbst Scheidemann sagt, daß Spartakus Räuber und Dirbe seien. Alles Gesindel, der ganze Rob der Großstädte strömt zu Spartakus, der diese seine Kinder liebevoll in seine Arme schließt und mit ihnen seine „Heldentaten“ vollbringt. Man komme nicht heran und sage, Spartakus sei für die Taten einzelner nicht verantwortlich. Bei Spartakus sind das keine einzelnen mehr, bei Spartakus ist fast das ganze Kontingent aus den zweifelhaftesten Elementen zusammengesetzt. Nicht umsonst werden bei jedem Spartakusputsch, ganz gleich, wo er stattfindet, zunächst immer die Gefängnisse geöffnet und der Auswurf der Menschheit befreit. Das sind eben Gefinnungsgegenossen.

Gegen das verbrecherische Treiben der Spartakisten durch den Generalstreik haben die Arbeiterorganisationen in Protestversammlungen energisch Einspruch erhoben und betont, daß unermeßliche Not, Hunger und Elend für die Arbeiterschaft und die übrige Bevölkerung die Folge der Streiks sein würden und daß die Arbeiterschaft entschlossen und entschieden gegen Spartakus Stellung nehmen sollte.

Die Folgen dieses verbrecherischen spartakistischen Treibens sind furchtbar.

Unsere Wirtschaft geht mit Riesenschritten bergab und wird, wenn nicht bald Ordnung geschaffen wird, die ganze Arbeiterschaft unter ihren Trümmern begraben.

Im ganzen deutschen Lande machen sich Anzeichen des Zusammenbruchs bemerkbar. In Süddeutschland müssen aus Mangel an Kohlen viele Betriebe stillen, tausende von Arbeitern sind daher arbeitslos.

Im Osten Deutschlands liegt fast der ganze Verkehr brach. Nur ganz wenige Flüsse können noch verkehren. Das Schlimmste dabei ist, daß infolge dessen die Zufuhr an Lebensmitteln aus dem Osten bis auf ein Minimum gesunken und daß der ganze Westen vor einer Katastrophe steht.

Die hungernden und frierenden Frauen und Kinder hat Spartakus auf dem Gewissen.

Die Entente kündigt nach einer Meldung aus Paris an, daß sie das ganze Rhein-Ruhrgebiet besetzen werde, wenn nicht mehr Kohlen für das Ruhrgebiet Rheinfürer geliefert würden. Die Folgen einer Besetzung würden besonders für die Arbeiterschaft äußerst bedrohend sein.

Das sind die Folgen spartakistischer „Volksbeglüdung“. Gegen diese organisierten Räuber, die das ganze Wirtschaftsleben und die Arbeiterschaft kassieren dem Verderben überliefern, um sich selbst zu bereichern, muß von der Regierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden.

Wir fordern von der jetzigen Regierung, daß sie energischer zugreift, als die alte sozialistische Regierung, die durch ihre Jagdsucht und pfaffenweiche Art gegen Spartakus sehr viel auf dem Gewissen hat, daß sich diese Zustände in einem solchen Maße ausbreiten konnten. Die neue Regierung scheint denn auch die Aktion fest in die Hand nehmen zu wollen, wie Drexler bemerkt, wo Spartakus 700 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verlor.

In Essen gab Spartakus einen Aufruf heraus, in dem es heißt, es gelte zu siegen oder unterzugehen. Den zweiten Teil dieser Proklamation — Untergang — wird hoffentlich die neue Regierung mit äußerster Schärfe und Härte durchsetzen. Diese spartakistische Sumpfpflanze muß ganz gründlich beseitigt werden. Denn es ist immer besser, daß ein Mensch untergeht, als daß das ganze Volk leide. Man fasse aber nicht nur den Kleinen, sondern vor allen Dingen die Großen, die „Führer“, die Bürgerblut auf dem Gewissen haben. Danges Gebetslesen wäre da vom Uebel.

Spartakus ist auch eine Frucht der sozialdemokratischen Lehre. Er hat die sozialdemokratische Lehre von der „Diktatur des Proletariats“ bis in die letzten Konsequenzen durchgeführt und er ist genau, wie die U. S., ein Zweig am Baume der Sozialdemokratie. Durch die jahrzehntelange radikale Agitation der Sozialdemokratie unter den Massen, sind diese auf falsche Bahnen gekommen und suchen sich jetzt den Zukunftsstaat zu verschaffen, den die Führer so oft mit den leuchtendsten Farben an die Wand malen. Jetzt zieht die Masse das Fazit aus den sozialdemokratischen Lehren und redet dabei von „Klassenbewußtsein“.

Wir christlichen Gewerkschaftler haben von jeher unsere Ehre darin gesetzt, Klassenbewußte Arbeiter zu sein und als solche uns zu betätigen. Dennoch war unser Klassenbewußtsein ein grundverschiedenes von dem der im Geiste materialistischer Geschichtsauffassung lebenden Sozialdemokraten. Der Klassenkampf dieser bezweckt einen Wechsel der Mollen. Eine Klassenherrschaft soll die andere ablösen. Der Diktatur der herrschenden Klasse soll die Diktatur des Proletariats folgen. Die soziale Demokratie bestand in der Sozialdemokratie nur im Namen. Die Grundlagen des Programms und die Bewegung verlangten die soziale Diktatur. Unserem Klassenbewußtsein widerspricht die Forderung, daß eine Klasse die herrschende sein muß. Lassen wir die Kleinherrschaft einer Klasse nicht gelten, so verlangt die Konsequenz, daß auch unsere, die Arbeiterklasse, nicht die Diktatur beanspruchen darf. Vor unserem christlichen Gewissen sind alle Menschen Brüder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung aller, die Gleichberechtigung auch der Arbeiterklasse, die bislang noch nicht vorhanden war und der das Streben unserer Bewegung gilt.

Darum wollen wir nicht nachlassen, unermüdet für die Ausdehnung unserer christlichen Gewerkschaften zu wirken. Die christliche Idee ist der beste Damm gegen Spartakus und auf der christlichen Idee kann am ehesten eine Gesundung unseres kranken Wirtschaftskörpers erfolgen.

Der neue Weg

Im Juli 1917 schrieb der Urheber der deutschen Kriegswirtschaftsreform, der Präsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Walther Rathenau, ein merkwürdiges Buch, das er „Die neue Wirtschaft“ nannte. Darin sagt er einmal: „Das mechanisierte Paradies der ungezügelter Wirtschaft hat keine Zeit und kein Verbleib gehabt; haben wir es gezwungen verlassen (durch die Anrichtung der Kriegswirtschaft), so kehren wir ihm freiwillig den Rücken und schaffen uns im Schweiße unseres Angesichts einen Acker, der unser Eigen und um unserer ehelichen Arbeit willen gesegnet sein wird.“ Und einige Seiten weiter heißt es: „Die Ordnung, zu der wir gelangen, wird eine privatrechtliche sein, wie die gegenwärtige, doch keine ungezügelter. Ein Gemeinschaftswille wird sie durchdringen, der heute alles solidarische Menschentum durchdringt, mit Ausnahme eben des wirtschaftlichen Schaffens; eine Sittlichkeit und Verantwortung wird sie durchdringen, die heute jeden Dienst an der Gemeinschaft adelt.“

Wenn wir diese Worte aus dem Bunde, das bei seinem Erscheinen Anfang 1918 viel Aufsehen erregt hat, heute lesen, wo alle politischen und wirtschaftlichen Formen zerbrochen umher liegen, dann klingt es uns aus ihnen entgegen wie eine leise Botschaft des Zusammenbruchs, der inzwischen eingetreten ist. Aber bei näherem Hinsehen erkennen wir, daß auch da nur einer spricht, der nicht mehr als das Knistern im Gehüll gemerkt hat, ohne jedoch zu wissen, von woher das Verderben seinen Weg nahm. Er weiß auch nicht, welches die Kräfte des Verderbens sind und welches die des neuen Lebens sind, die inmitten der verarmenden alten Zeit eine lebensfrische junge zum Erscheinen bringen werden.

Es ist allerdings richtig, daß der Krieg der ungezügelteren Wirtschaft den Todesstoß veretzt hat. Aber er hat sie auch schon nicht mehr in voller Freiheit angetroffen. Jahrzehnte praktische sozialreformliche Arbeit, Jahrzehnte auch des Zusammenwachsens der zusammenhängenden Einzelarbeitnehmer zu gewerkschaftlichen Berufsverbänden, Jahrzehnte als einer unaufhaltsamen Umwandlung im Denken

millionenstarker Volksschichten, hatten die geistigen Grundlagen vermürdet, auf denen die freie ungezügeltere Wirtschaft ehemals sich stützen wußte.

Das Recht des Kampfes aller gegen alle, des Starren gegen die Schwachen war schon lange nicht mehr zu verteidigen. Unregelmäßige Eingriffe höherer Gewalt im Interesse der Volksgesamtheit haben man sich bereits gewöhnt. Diese Eingriffe erfolgten im natürlichen Verlauf der Dinge durch die Kämpfenden selbst, wenn im harten Ringen den Unternehmern durch die gealterten Arbeiterscharen Zugeständnisse abgerungen und in Verträgen verbleibt wurden. Solche Beiträge, Tarifverträge, zogen zugleich die Bilanz des gegenwärtigen Stärkeverhältnisses und veränderten sich, wenn das Stärkeverhältnis selbst sich verschoob.

War das Ziel dann schließlich erreicht, war der Tarifvertrag abgeschlossen oder das Gesetz verfaßt, dann standen eben diese Tausende als getreue Wächter davor und bewahrten das Errungene vor falscher Auslegung oder Mißachtung. Und die Hunderttausende, die in diesen Vorkämpfen ihre Führer sahen, stellten sich zu ihnen in Reich und Glied. Auch sie erblickten in der Durchführung der neuen Abmachungen und Gesetzbestimmungen eine sittliche Forderung an den Gegner und an sich selbst.

Dieses Recht aber, das sich verpflichtet fühlen durch soziale Bindungen, an denen man selbst mit geschaffen hat, ist es, worauf es beim Uebergang in eine neue Wirtschaftsweise vor allen Dingen ankommt. Nur dieses Gefühl sittlicher Verpflichtung aller Beteiligten bewahrt die neue Ordnung vor Verfallungen. Es wird jedoch nur dann gewahrt, wenn die, die es angeht, auch am Aufbau der neuen Ordnung selbsttätig mitarbeiten und ein Stück ihrer Seele mit in die Pfeiler des neuen Baues hineinmauern können. Daraus folgt, daß neue Wirtschaftsordnungen nicht „gemacht“ werden können, sondern daß sie wachsen müssen.

Schon die wenigen Worte aus Walther Rathenaus „neuer Wirtschaft“ lassen für ein schärferes Auge erkennen, daß hier dieses Gesetz vom Wachstum höchstens rein verstandesgemäß begriffen, daß der U. S. G.-Präsident es aber nicht tiefinnerst in sich trägt. Weil er das nicht tut, mußte die ganze Neuordnung der deutschen Wirtschaft nach Kriegsausbruch, an der er an erster Stelle mit fast diktatorischer Macht mitgearbeitet hat, bei allem scheinbaren Fortschritt, den sie brachte, für das deutsche Volk zum Unsegen ausschlagen.

Wenn Menschen sich zusammen tun, dann stellt sich ihr ethischer Wille auf eine einwandfreie Durchführung des neuen Zusammenlebens ein. Das geschieht nicht nur, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur gegenseitigen Bekämpfung mit ihren Genossen zusammenschließen, sondern auch, wo sich wirtschaftliche Großgebilde, wie Aktiengesellschaften, G. m. b. H.'s und andere zu Konventionen, Ringen, Kartellen, Trusten zusammenschließen. Es geschieht auch, wo kleinere wirtschaftliche Einzelgehörden zu Einkaufs- oder Verkaufsgemeinschaften zusammenzutreten.

Man denke nur an das Beispiel eines sogenannten Rabattspartakus der Kleinhandwerker einer Stadt. Sobald das Publikum die Masse der zu einem solchen Verein zusammengeschlossenen Geschäfte kennt, wird sich jedes dieser Geschäfte mit betreffen und mit entehrt fühlen, wenn ein anderes Mitglied unsaubere Dinge treibt. Unentbehrlich droht infolge dessen den rüddigen Schafen der Ausschluss aus der Gemeinschaft der in einem solchen Rabattspartakusverein zusammengeschlossenen Ladenbesitzer. Schon eine so lockere Gemeinschaftsarbeit wirkt also, weil sie auf freiem Willen beruht, letzten Endes im Sinne der Hebung der Geschäftsmoral.

Das Bild wird aber ein ganz anderes und bekommt eine verzweifelte Wehlichkeit mit Rathenaus Kriegswirtschaftssystem, wenn ohne vorausgegangenem Werden von unten der Zusammenschluß von oben her zwangsweise verfaßt wird. Dann fühlen sich alle Mitarbeiter nicht mehr als Mitverantwortliche, die aus sich heraus im Sinne und Interesse der Gemeinschaft zu wirken haben, sondern als Mitbetroffene, die sehr wohl alle Zwangsverfügungen nach Süden durchzuführen dürfen. Jeder findet die neidische Bewunderung seiner Kollegen, dem es gelingt, durch etwa entdeckte Lücken Sonderprivilegien auf Kosten der Allgemeinheit für sich herbeizujohlen.

Trotzdem fühlen selbst diese Erfolgreichen sich nicht wohl bei solchem gemeinschaftlichen Treiben. Sie werden die Sehnsucht nicht los, wieder wie ehedem auf freier Kampfbahn unentgeltlich von Gehegen ihren Gewinn jagen zu können. Aber auch in den sozialführenden Naturen kann unter den zwangsweise Zusammengeschlossenen kein wirkliches Gemeinschaftsgefühl erblühen. Daher ist diese neue Wirtschaft des Zwanges verdammt, keine Freunde, wohl aber lauter Feinde und Verfallener ihrer Grundideen zu haben. Das heißt, ihre Lebensdauer kann nur kurz sein.

Man sollte meinen, der Mißerfolg des Kriegswirtschafts-Verwaltungsapparates, dieses Staatskapitalismus in Reinkultur, habe aller Welt die Augen über diese Ursachen geöffnet. Aber weit gefehlt. Rathenaus „neue Wirtschaft“, die den jenseitigen Staatskapitalismus, nachdem sie ihn noch mit einem sozial-ethisch gefärbten Schuymantel bekleidet hat, im Fortleben nicht ab-, sondern ausbauen will, hat gerade in intellektuellen Kreisen Freunde gefunden. Und die neuen Männer der Macht, die noch vor Zusammentritt der Nationalversammlung aus Deutschland in aller Eile ein „soziales Paradies“ machen wollten, trauen in Rathenaus Fußstapfen, trotzdem gerade sie die große sittliche Verrohung unserer Nation in ihren Ursachen erkannt zu haben vorgehen.

Aber was ist es anders als zwangsweise Einführung einer neuen Wirtschaft von oben her, wenn dem Ministerium über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Dr. Brüning, auf dem Reichstagskongress in Berlin am 20. Dezember 1918 der Vollbeauftragte Barth entgegenhakt, daß in der Sozialisierung „jenseitens etwas geschehen muß“. Denn er äußert: „Nicht erst in den nächsten Monaten, sondern schon in den nächsten Tagen müssen die für die Sozialisierung reifen Bereiche sozialisiert werden.“ Er beweist damit nur, daß er die treibenden Kräfte im Volks- und Wirtschaftsleben ebenso wenig kennt, wie sein Vorgänger im Amte der Wirtschaftsverwaltung.

Der ließ sich bei Kriegsbeginn ganz oben an die Spitze stellen und dekretierte die neue Wirtschaft. Als Ertrag ernteten wir den völligen Zusammenbruch von Wirtschaft und Moral.

Damals stand Herr Barth ganz unten an der untersten Stufe der Leiter, die zur Macht führt, und kritisierte solches

Zur. Jetzt hat die Flutwelle der Revolution Herrn Barth nach oben getragen, und, ohne sich zu bestimmen, beklagt er sich, dieselben Fehler zu begehen, wie Rathenau. Auch er kennt die gebuldrigen, leise jähren Mächte des Wachstums nicht, denen die Entwicklung aller Wirtschaftsweisen unterworfen ist.

Neue Wirtschaft kann nur von unten kommen, nur im Gleichschritt mit einer Umformung des Denkens und Fühlens der wirtschaftlich Tätigen. Wo eine Konsumgenossenschaft entsteht, kommt neue Wirtschaft. Wo Berufsverbände mitbestimmenden Einfluß in Unternehmungen gewinnen, entwickelt sich neue Wirtschaft. Als am 15. November die Vertreter aller großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zum erstenmal einen gemeinsamen Vertrag unterzeichneten, als die Namen von August Thibon und Legien, von Beulenberg und Stegerwald zum erstenmal gleichberechtigt nebeneinander auf ein solches Schriftstück gesetzt wurden, als Walther Rathenau in seiner Eigenschaft als Präsident der U. S. G. und nicht als bedeutender Schriftsteller dieses Schriftstück mitunterzeichnete, als neben den Arbeitgebergewerkschaften auch die Berufsverbände der Angestellten sich den Kontrahenten dieses Vertrages zugesellen, da mußte die neue Wirtschaft um ein sichtbares Stück ihrer Erfüllung entgegen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel, die sich auf Grund dieses Vertrages gebildet hat, die einzelnen Tarifverträge, die auf derselben Grundlage geschlossen worden sind, das alles sind Schritte auf dem Wege zur neuen Wirtschaft.

Es geht mit ihr wie mit allem echten Wachstum: während die Wettbewerber um den Plan des neuen Hauses streiten, das Publikum erregt zu den verschiedenen Entwürfen Stellung nimmt, während hin und hergehändert wird, sent ein schlankes Bäumchen auf der Wiese, auf der der Bau errichtet werden soll, keine Wurzeln immer tiefer ins Erdreich und saugt sich immer voller an Säften und Kräften. Oben im Licht aber wächst und weitet sich seine Krone; sein Stamm stemmt sich heute gegen wilde Winde und seine Aeste breiten sich morgen befruchtendem Regen wohlitz entgegen, unbeachtet von den lauten Elferern und lebensfremden Planemachern.

Bis der Tag kommt, da sich alle Baupläne der Staud der Vergessenheit in tiefen Schichten niederstürzen und kein Mensch mehr an die „Aufrichtung des Hauses“ denkt, weil neue Pläne da sind, die neue Aufgaben stellen. Da, auf einmal, wird es offenbar, daß der grüne Baum es war, nach dem die Sehnsucht ging, und nicht ein kaltes ausgefälltes Wunderhaus, über dessen Einrichtung und Form man sich nie einig werden konnte.

Der Baum, der von unten nach oben wächst, den liebevolle Pflege des Gärtners zwar zu schönerer Entfaltung bringen kann, der seine Wuchsgesetze aber in sich trägt, ist es, dem das Werden einer neuen Wirtschaft gleichen muß, sonst entsteht etwas Naturwidriges, dem Tode Verfallenes.

Und, sollte in Deutschland die Stunde des Kapitalismus geschlagen haben, sollte eine neue, eine bessere Wirtschaft auf dem Wege sein, dann wächst sie schon lange heran aus den Seelen, dem Willen des deutschen Volkes. Dann liegt sie eingeschlossen in den Kräften, die das Chaos von heute überwinden werden. Aber nimmermehr entsteht sie aus Beschlüssen, die erst alles alte gewaltsam töben und dann in Diktatorenphantasien oder Kommissionsüberlegungen ein Neues Besseres auf das Trümmerfeld hinstellen zu können sich bemessen.

Streiflichter

Die Unfähigkeit der sozial. Regierung

Die bekannte Sozialistin Mathy Poppel schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“ ihrer Partei folgende scharfen Worte in dem Stammbuch:

Bisher weiß die kurze Periode der sozialdemokratischen Regierung ein schmerzliches Defizit auf. Es entspräche vielleicht der Parteiloyalität die Feststellung dieser Tatsache außerhalb stehenden zu überlassen. Wer indes der Meinung ist, daß im Parteigenau so wie im allgemeinen Leben nur die Feststellung der Wahrheit den Weg zum Besseren ebnet, wird sich über diese Konvention hinwegsetzen und offen die Frage stellen müssen: Wo liegt die innerste Ursache dieses Verjagens? Die Antwort lautet: Die Sozialdemokratie war unfähig, mit starker Hand die Jügel des Staatswesens zu lenken, sie war unfähig, mit rein geistiger Gewalt der scheiternden Strömungen in der Arbeiterklasse Herr zu werden, sie war unfähig, ein positives sozialistisches Programm zu entwerfen, weil in ihren eigenen Reihen der schäpferische Quell verlegt war, die innere Lebendigkeit fehlte, die ein für sich selbst ein Merkmal, als Berechtigungsnachweis und Gewähr ihrer herannahenden Herrschaft erschienen. Der schäpferische Beweis dieser geistigen Erlahmung war der theoretische Stillstand in ihren Reihen.

Diese schweren Fehler, die Folgen jahrzehntelanger geistigen Niedergangs der Sozialdemokratie, mußten sich nach deren Regierungsübernahme an ihr selber rächen. Der Bolschewismus, den sie für nutzlos gehalten hatte, übertrug seine Propaganda nun auf das deutsche Proletariat und gewann Hunderttausende revolutionär fühlender, infolge der mangelnden Aufklärung und der Verschweigung der Wahrheit gegen ihn nicht gewappneter Arbeiter. Neben den politischen Kämpfen begann so die Bewußtseinsbildung der Wirtschaft. Trotz ihrer immer wachsenden Gefahr griff die Regierung auch in diesem Punkte nicht mit lautiwilligen wirtschaftlich-politischen Gegenmaßnahmen ein. Auch das Problem der Sozialisierung wie das der weiteren Aufgaben der Arbeiterräte wurde bisher fast nur parteipolitisch, nicht systematisch unter dem Gesichtspunkt der gesamten zukünftigen Wirtschaftsgestaltung behandelt.

Mathy Poppel rehet mit Recht von der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Regierung. Diese Unfähigkeit hat uns in den Abgrund gestürzt, in dem wir uns befinden.

Gleiche Löhnung, gleiches Essen

Das war das Wort, mit dem in Deutschland besonders in der Sozialdemokratie schon gemacht wurde. Gegen die Auswüchse, wie sie sich besonders in der Gruppe zwischen Offizieren und Mannschaften breit machten, haben wir uns stets mit Energie gewandt. Das war Pflicht. Die Sozialdemokratie aber verurteilte alles und jedes in Grund und Boden. Das war unter dem alten Regime. Aber nach der Revolution? Da gab es doch gewiß liberal gleiche Löhnung, gleiches Essen — denn da herrschte ja die Sozialdemokratie. So jagte aus! Beispiel:

Bei einem Infanterieregimentteile des S. andorts Oldenburg (im vormaligen Großherzogtum) herrschte unter den Mannschaften große Mißstimmung. Grund: Die Herren vom Soldatenrat führen dort auf die geringsten eigenen Eüchle, während die Truppe ihr Essen aus dem „großen Boot“ erhält. Noch bezeichnender gehalten sich die Dinge

in Meer, einer kleinen Stadt in Ostfrankland. Hier tadelten die Herren Soldaten die nach Ausbruch der Revolution auf Kosten der Stadt (1) in einem Hotel, für die Bauarbeiter war auch weiterhin die Baracken-Lage gut genug.

Wo Spartakus herrscht

Über die geradezu schrecklichen Vorgänge in Gladbeck bei der Ermordung durch Spartakus berichtet die Gladbecker Zeitung: In einer gestern abend hier stattgefundenen Sitzung des A. und S. Rates, an der auch der Vorsitzende sowie verschiedene Mitglieder des Vortropfer A. und S. Rates sowie der Vortropfer Sicherheitswehr teilnahmen, wurde über die Vorgänge in Gladbeck von dem Vorsitzenden des Vortropfer A. und S. Rates u. a. folgendes berichtet: Die Gefangenen wurden schrecklich mißhandelt und fast völlig ausgeraubt; Mantel, Schuhe, Kleider und selbst die Hosen sind ihnen ausgezogen worden, außerdem etwa 4000 M. in barem Gelde geraubt und untereinander verteilt worden. Mit hochgehobenen Händen und fortwährenden Schlägen wurden die Gefangenen nach Sterkrade übergeführt. Der das Glück hatte, im Hofe seines Vorgesetzten zu sein, hatte nachher Gelegenheit, sich durch Besichtigung frei zu machen. Es waren ungemein traurige Bilder, die anständige Menschen mit Wunden erfüllt sahen. Von den Mitgliedern des A. und S. Rates Gladbeck wurde mitgeteilt, daß die Leute auf der Schächelanlage Scholven in Gladbeck durch Spartakisten in ungläublicher Weise mißhandelt worden sind. 14- bis 17jährige Burschen waren von ihren Vätern mitgebracht worden und dazu angehalten, die Arbeitswilligen mit Eisenstangen und Knäppeln zu schlagen.

Gegen diese Mörder muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Soffentlich existiert das Wort „Standrecht“ noch, damit solches Angeleier vertilgt wird. Jetzt kann man aber auch wieder eine Wahrnehmung machen: Wenn früher ein Schupmann jemanden nur an der Hand verwundete, war das Äquivalenzstoff für die sozialdemokratische Presse jahrelang. Jetzt bringt sie knappe Darstellungen, und damit fertig Spartakus geht eben noch mit, wenn auch zur allerersten Souleut.



Matrosen und Hungersnot

Ein Hamburger Eigenbericht der „Kölnischen Volkszeitung“ meldet: „Die vorgezeichnete Ausfahrt der aus 16 Schiffen bestehenden ersten Staffel der deutschen Lebensmittelschiffe ist bis zur Stunde nicht erfolgt, und es besteht auch noch keine Gewißheit, wann das geschehen wird. Trotzdem vor kurzem zwischen den Matrosen und den seemannischen Berufsorganisationen eine Einigung über den Dienst und über die Hungerfrage zustande gekommen war, hat sich der internationale Seemannsbund diesen Beschüssen ihrer offiziellen Vertreter nicht gefügt und stellt neue, viel weitergehende Forderungen für die Schiffsbemannungen, die vom Zentralverband deutscher Arbeiter nicht zugestanden wurden. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hat zugunsten des Seemannsbundes entschieden. Zu den Forderungen der Seeleute gehört u. a. die Einrichtung eines Schiffsrates, in dessen Händen die Disziplinar-gewalt an Bord liegen soll. Hierdurch entsteht die schwerwiegende Frage, ob die Entente dieses Rätesystem an Bord anerkennt oder ob sie die Schiffe unter eigener Besatzung fahren lassen wird.“

So ist also das hungernde deutsche Volk in die Hände von Erpressern gegeben. Die Folgen der Forderungen der hochschweifig veränderten Seeleute sind gar nicht abzusehen. Es liegt auf der Hand, daß der Verbund des Rätesystem nicht anerkennt; er hat ganz unzweifelhaft erklärt, daß er russische Manieren nicht duldet.

Die Seeleute wollen von ihren Forderungen nicht abgehen. Für sie ist viel wichtiger, daß die „Erzungen der Revolution gesichert“ bleiben! Das Volk darf ja hungern!



Die politisierenden Väter- und vertheidiger

Die so hoffnungsvoll begonnene Offensive der deutschen Truppen bei Bromberg mußte wegen einer politischen Streitigkeit bei den deutschen Truppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen hatten sich selbst der Wahllinie Bromberg-Schneidemühl eine brüderliche Stellung in der Linie Schmalbeck-Neutichen-Samollies geschaffen und waren dann erfolgreich auf Eril und Schuln vorgezogen. Da traten politische Streitigkeiten hindern in den Weg. Der Bromberger Soldatenrat hatte den Kriegsministerien Erfolg über die Kommandogewalt nicht anerkannt. Die Truppen brachen die Gefechtsfähigkeit ab und bildeten einen neuen Soldatenrat infolge dieser Ereignisse in den vorerwähnten Linien mußte die Offensive abgebrochen werden. Die Truppen mußten hinter Stelzenberg zurückgenommen werden. Nur eine Kompanie der republikanischen Soldatenwehr, deren Kompanieführer, Leutnant Parthenheimer, sich weigerte, zurückzugehen, blieb trotz aller Warnungen des Abteilungscommandeurs in vorgezogener isolierter Stellung allein zurück. Infolgedessen wurde die Kompanie bald darauf von den Polen von drei Seiten mit Uebermacht angegriffen und fast vollständig aufgerieben. Auch Leutnant Parthenheimer fiel. Was werden diese politisierenden Soldatenräte noch für Unheil anrichten? Ohne militärische Disziplin treiben wir nur Sisyphusarbeit. An dieser Tatsache kommt auch Herr Ebert nicht vorbei.

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit wächst zu einer drohenden Welle aus, die sich über ganz Deutschland legt. Daneben macht sich besonders in den Großstädten Berlin, Hamburg, Bremen ufm. eine Arbeitsunlust geltend, die dazu ansetzt, das deutsche Wirtschaftsleben schwer zu schädigen. Ueber die Notwendigkeit, in der Arbeitslosenfrage endlich etwas durchgreifendes zu tun, schreibt die sozialistische Zeitschrift „Die Konjunktur“:

Nachdem durch die Art und Weise der Demobilisierung die Arbeitslosigkeit in den Städten bis zu einem unerträglichen Grade angewachsen ist, stellt sich die Reichsregierung genötigt, Maßnahmen zu treffen, durch die die gegenwärtig unhaltbaren Zustände beseitigt werden sollen. Erst schafft man durch die Anwendung verfehrter wirtschafts- und sozialpolitischer Grundsätze die Vorbedingungen für das Anheben der Arbeitslosigkeit; ist das Uebel auf einer gewissen Höhe, dann ist man gezwungen, um die selbst gemachten Fehler wieder gut zu machen, gegen die Arbeitslosen vorzugehen. Und das nennt man dann Führung auf wirtschaftlichem Gebiet. Man konnte erst nicht genug Unterstützungsanstalten für die zurückkehrenden Soldaten vorsehen. Anstatt man von vornherein den Grundgedanken aufgestellt hätte, daß nur der Arbeitslose Unterstützung bekommen würde, der nicht arbeiten kann, gewöhnte man jedem, der keine Arbeit hatte, Anspruch auf Unterstützung. Das war direkt eine Prämie für das Nichtarbeiten. Dabei wurden die Unterstützungsätze vielfach so bemessen, daß sie den Verdienst solcher, die arbeiteten, übertrafen. Jedenfalls stellte man sich mit der Unterstützung, aber ohne Arbeit, besser, als wenn man fleißig arbeiten mußte. Es wäre ja ein Wunder, wenn bei einer solchen Politik das Heer der Arbeitslosen nicht von Woche zu Woche immer stärker angewachsen wäre und noch anwachsen würde. Denn die Arbeit ist auf alle Fälle ein Zwang, dem man sich nicht ohne Not unterwirft. Ueber der sozialpolitische Nebel, der vor dem Kriege, während des Krieges und auch heute noch in den führenden Köpfen Deutschlands herrscht, hat alle Grundtatsachen des Wirtschaftslebens so verunkelt, daß die Wirklichkeit nicht früher erkannt wird, als bis man direkt mit der Nase auf sie stößt. Man hat die Arbeitslosigkeit künstlich großgezogen und steht nunmehr einer Gefahr gegenüber, die man zu einem sehr großen Teil hätte vermeiden können, wenn man wirtschaftspolitisch ein klein wenig besser orientiert gewesen

wäre. Jetzt gilt es, die Fehler beschreiben, die man gerufen hat. Auf dem Lande ist Arbeitslosigkeit genug vorhanden, um einen sehr großen Teil der städtischen Arbeitslosen zu beschäftigen, aber die letzteren gehen nicht freiwillig hinaus, was man ihnen nicht verbieten kann. Die Regierung wird nun gezwungen sein, die Arbeitslosenunterstützung sehr stark zu beschneiden, damit der wirtschaftliche Zwang die Arbeitslosen veranlaßt, auf dem Lande Arbeit anzunehmen. Wir befürchten nur, daß diese Politik in jetziger Zeit um deswillen viel böses Blut machen wird, weil die Regierung den Arbeitslosen eine Wohltat nimmt, die ihnen nie hätte gegeben werden dürfen. Die Wirkung rein wirtschaftlicher Maßnahmen erfolgt außerdem jetzt recht langsam, und es ist nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang die Regierung mit politischen Mitteln eingreifen muß, um eine Erleichterung der städtischen Arbeitsmärkte zu erreichen. Auf alle Fälle wird man die Arbeitslosen für die Fehler der Führung büßen lassen. Das wird das Ende der verkehrten Politik sein. Uebrigens fehlen außerdem auf alle Voraussetzungen, um einen raschen Ausgleich auf dem deutschen Arbeitsmarkt herbeizuführen zu können. Die Arbeitsmarktberichterstattung ist so unzulänglich, die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage so rückständig und bürokratisch, daß der erwünschte Ausgleich nur langsam, unter Widerständen und ganz unvollkommen sich herbeiführen läßt. Ueber für die Notwendigkeit solcher Voraussetzungen fehlt nicht nur das Verständnis, es fehlt auch der Sinn zum Verstehen. Die Reichsregierung mag daher im Augenblick Beschlüsse fassen, welche sie auch wolle, die nachteiligen Wirkungen der gemachten Fehler werden sich nicht wegdekretieren lassen, wohl aber werden die Arbeitslosen ganz bestimmt unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen Vergeßlichkeit stehen, der sich bei einer richtigen Wirtschaftspolitik hätte vermeiden lassen.

Drei Grundpfeiler

Das wirtschaftliche Streben der breiten Arbeitermassen hat nur Aussicht auf Erfolg durch die Zusammenfassung der gleichstrebenden Kräfte, durch die Organisation. Die Organisation benutzt den Hebel der Selbsthilfe, sie schafft die Unterlage für die gegenseitige Solidarität, sie sammelt die Kräfte und wird so zur Macht, die den berechtigten Bestrebungen zum Durchbruch verhelfen kann. Zusammenfassung und Organisation ist zum Haupte. Wort des wirtschaftlichen Lebens und Strebens geworden. Die Wege zum Ziel sind jedoch vielgestaltig. Es war und ist nicht möglich, alles wirtschaftliche Streben in die Schablone einer Organisation zusammenzupressen. Für den aufwärts strebenden Arbeiter gibt es in der Hauptsache drei Wege für seinen wirtschaftlichen Aufstieg und seine wirtschaftliche Sicherung.

1. Die Gewerkschaftsbewegung. Sie dient dem Arbeiter als berufliche Organisation zur Vertretung seiner Interessen beim Abschluß des Arbeitsvertrages. Die berufliche Interessenvertretung sorgt für ein möglichst hohes Einkommen und für sonstige erträgliche Wirtschaftsverhältnisse. Durch die Gewerkschaftsbewegung gewinnt die Arbeiterschaft auch den nötigen Einfluß auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ihre unbedingte Notwendigkeit ist heute jedem denkenden Arbeiter geläufig.

2. Das Genossenschaftswesen. Die Aufgabe der Gewerkschaften für ein auskömmliches Einkommen zu sorgen, findet seine notwendige Ergänzung in der genossenschaftlichen Betätigung, die die Kaufkraft des Arbeitslohnes erhöht oder erhalten muß. Was nützt dem Arbeiter hohe Löhne, wenn durch Teuerung und Mangel jede Erhöhung ausgezehrt oder noch überboten wird. Daher brauchen wir die Genossenschaften, Konsumvereine, Wohnungsgenossenschaften ufm. — die uns die Möglichkeit bieten, unter Ausschaltung des kapitalistischen Gewinns die Bedarfsartikel zu verbilligen und so den Reallohn zu steigern.

3. Die Volksversicherung. Ein dritter Weg wirtschaftlicher Betätigung ist die Volksversicherung. Sie bietet uns die Möglichkeit, einmalige Ersparnisse sicher und rentabel anzulegen und für besondere Schadensfälle eine materielle Sicherung zu schaffen. Als wirksamste gemeinnützige Einrichtung dieser Art mit den denkbar größten Schwierigkeiten, kann unsere Deutsche Volksversicherung A.G., Berlin, mit gutem Gewissen empfohlen werden. Jede Anlage in der Volksversicherung ist sicherer und rentabler, wie in irgend einer Sparkasse. Die weitgehende Sicherheit liegt in dem vom Reichsamt für Sozialversicherung, mündelhaften Prämien-reservefonds, sowie auch darin, daß ein in die hunderttausende gehender Personkreis durch laufende Beiträge die Leistungsfähigkeit des Unternehmens und damit die einzelnen Versicherungssummen verbürgt. Ein weiterer Vorzug der deutschen Volksversicherung A.G. liegt in ihrer Gemeinnützigkeit, die das kapitalistische Gewinnprinzip ausschaltet und alle Ueberflüsse wieder im Interesse der Versicherten nutzbar macht. Infolge der günstigen Bedingungen und gemeinnützigen Verwaltungspraxis ist das Vertrauen der Massen zu dieser Versicherungseinrichtung gewaltig gestiegen. Die beantragte Versicherungssumme beläuft sich schon im Jahre 1917 auf 1 437 560 Mark. Im Jahre 1918 stieg diese Summe auf 14 603 249 Mark. Also eine Steigerung um mehr wie das Dreifache. Jedem, der sich für zukünftige Weisheitsfälle des Lebens versorgen und eine größtmögliche Sicherheit schaffen will, dem kann ein Versicherungsabschluß bei der deutschen Volksversicherung nur als bester Weg empfohlen werden. Anfragen und Anträge sind zu richten an die Generalabrechnungsstelle der deutschen Gewerkschaften, Köln, Welterwall 9 oder an die Hauptgeschäftsstelle Berlin-Friedenau, Hühnerstraße 13.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. März der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. März fällig.

Die Ortsgruppe Flensburg erhält die Genehmigung, ab 1. März 1919 die Monatsbeiträge von 10 auf 20 Pf. zu erhöhen. Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Flüßelberg. Die christlichen Metallarbeiter veranstalteten am vergangenen Sonntag ihre Jahrgeneralversammlung. Am Jahresbericht konnte der Gewerkschaftssekretär Leupke feststellen, daß eines der ergebnisreichsten Jahre hinter uns liegt. Die großen Ziele — einen auch

im Sinne der Arbeiterschaft befristenden Abschluß des Weltkrieges zu erreichen — hat das verfloßene Jahr nicht gebracht. Wir haben den Krieg verloren. Das ist nicht Schuld unserer tapferen, vor dem Feinde kämpfenden Heere ist, wohl die ganze Welt. Unseren Heeren gilt der unerschütterliche Dank des gesamten Volkes.

Die größte Zeit des Jahres fand unter dem harten Druck des Krieges. Allen Bewegungen zur Erreichung höherer Verdienste war der Erfolg beschieden. Durch weitere, der Verdienststeigerung folgende Preisgestaltung wurde der Arbeiterstand alles entzogen. Wohl hat der Verdienst eine verhältnismäßig über den Friedensstand hinaus reichende Höhe erreicht, die nun wieder mehr gesteigerte Lebenshaltung und deren wucherliche Begleiterforderungen haben, alles wieder hinweg gesehrt. Reich sind nur die Schüler geworden, während die breite Volksmasse verarmte.

Mit Jahresbeginn setzte eine Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung ein. Trotzdem die äußerste Kraftanstrengung zur Durchführung des Krieges nötig war, mußte diese Bewegung unternommen werden. Es wurde Raubbau mit der letzten Kraft des Volkes getrieben, dessen Kräfte durch Unterernährung bereits untergraben waren. Nachdem nun im übrigen Deutschland die Arbeitszeit bedeutend verläßt war, wurde diese Bewegung auch hier bei der gesamten Lebensweise eine Notwendigkeit. Das erkannten weder die Unternehmer noch das General-kommando an, verweigerten allen zur Durchführung unternommenen Schritten den Erfolg, verwiesen auf den gesetzlich vorgeschriebenen Weg, um dann am Schlußjahresausfluß durch die Erklärung militärischer Zwangsmaßnahmen einen abendlichen Beschluß zu begründen. Welcher Schaden durch diese Handlungsweise angerichtet wurde, zeigte sich erst jetzt in vollem Umfange. Man wollte Zeit gewinnen und hat die beste Zeit verpaßt.

Die voraussehbare weitere Steigerung der gesamten Lebenshaltung erforderte eine ständig wachsende gemeinschaftliche Tätigkeit, um diesen Verhältnissen die Lebensweise anzupassen. So sind in vielen Betrieben mehrere sich wiederholende Bewegungen zu verzeichnen, denen gleichfalls der Erfolg nicht verpaßt blieb. Doch bescheiden konnten auch diese Verhältnisse nicht, weil ein ständig steigender wirtschaftlicher Druck auf den einzelnen lastete.

Mit dem 9. November ist nun eine neue Zeit angebrochen. Wie schaffen nicht nur neue Staatsformen, sondern wirtschaftlich macht unser Volk eine schwere Zeit durch, die an einigen Stellen noch durch Gewaltakte und spartakistische Selbsttaten vermerkt wird. Dazu gehört auch Düsseldorf. Nachdem sich erst die neuen Gewerkschaften einseitig aus den Reihen der unabhängigen Sozialisten zusammensetzten, der Führer die radikalsten Töne anschlug, dabei auf die Gefahr realistischer Bestrebungen von Rechts hinwies, die nur in seiner Phantasie herumsprangen, fuhr der Ratten immer tiefer in den Dreck hinein. Dieser Richtung fehlten die Führer, so wandte man sich an die Mehrheitssozialisten, die nun in den Arbeiteral hineinzogen. Doch die Herrschaft war von kurzer Dauer. Eine herartige Wirtschaft konnten auch sozialistische Gewerkschaftsführer nicht mitmachen und traten wieder aus, weil man ihnen die Arbeit überließ, während die anderen durch Kommandieren und einseitige Beschlüsse alles wieder verderben. Dann erhoben die Unabhängigen den Ratten weiter in den Dreck, waren dabei ihren eigenen Anhänger nicht radikal genug, und schon sah Spartakus ihnen im Nacken. Seitdem sind die Rollen vertauscht. Die Unabhängigen stehen an Stelle der Mehrheitssozialisten, nur daß sie nicht zusehen, haben aber nichts zu sagen, und das Regieren besorgt Spartakus in Verbindung mit Volkshewitman. Bestlagend steht jetzt der erste Revolutionsführer am Wege und erhebt laudende seine Harke in den Mitgliederveramlangungen der Unabhängigen. Er, der gegen rechts seine Scharen heilt zu machen verfaßt, muß jetzt sich gegen einen von ihm erzeugten ungewohnten Sohn wenden. Darüber berichtet die „Volkszeitung“:

„Genosse Witz. Schmitt betont, die Dinge haben sich inzwischen so entwickelt, daß wir auch nach links schief achten müssen, ob wir alles, was da geschieht oder geschehen ist, gutheißen können. Was da zum Teil geschieht, das ist kein Kommunismus mehr, das ist Spontakalismus, das führt zur Anarchie, und das dürfen wir nicht mitmachen. Auf die Dauer läßt sich mit solchen Maßnahmen nicht auskommen.“

Wir verstehen diese Klänge. Schwimmen doch beiden sozialdemokratischen Richtungen jetzt die Felle fort. Die zum Radikalismus ergangenen Menschen fordern Taten, jene Taten, die an Wahnsinn grenzen. So bewacht sich auch hier der Satz: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“ Der Gang der Entwicklung zeigt den Weg zur Anarchie, und wer dies nicht glauben will, dem beweisen die hier sich abspielenden Vorgänge genug. Man unterbindet einfach den Gang der Betriebe, hält politische Versammlungen ab, stellt dem Werkdirektor mehrere Sicherheitsmänner zur Seite, bis er bemitleidet hat, schreit die Gewerkschaftsbeamten in den Versammlungen nieder, kurz, man aegt, daß der Verstand bei vielen davonlaufen ist. Bei friedlichen Gegenmaßnahmen gegen einseitige Willkürherrschafft hat man bewaffnete Lastautos in den Zug und empfangt die Volksmasse am Bahnhof mit Maschinengewehrfeuer, so daß 13 Tote und viele Verwundete zu beklagen sind. Schließt auf eine herartige einseitige Diktatur herrschaft, tritt man dann die „Herrschaft des Volkes“ an. Mehr und mehr macht unsere einsig so hübenbe Stadt, den Eindruck eines oder Gemeindefreies, dazu kommt die Finanzwirtschaft dieser Herrschaft, welche einfach als Standes bezeichnet werden muß.

Wenn unter solchen Verhältnissen unsere Ortsverwaltung gute Fortschritte verzeichnen konnte, dann sind dies Beweise, daß in unserer Reihen ein guter Geist vorhanden ist. Mit Jahresanfang zählten wir 2064 Mitglieder und am Jahresfluß deren 6176 Mitglieder. Die Gesamtannahme der Hauptliste betrug 92 566,76 M. Die Ausgaben 22 738,55 M., so daß an die Hauptliste ein Betrag von 69 828,20 M. abgeführt werden konnte. Die Lokalliste hatte einen Bestand von 7866,82 M., dazu kam eine Einnahme von 48 328,40 M., insgesamt somit 56 195,22 M. Dem steht eine Ausgabe von 39 322,86 M. gegenüber, so daß ein Lokalbestand von 16 872,36 M. vorhanden ist. Von diesem Betrage bilden nach einem Beschluß von 14 375 M. den Streikfond. Da die Entwicklung unserer Ortsverwaltung auch im Januar erfreuliche Fortschritte aufzuweisen hat, zählen wir jetzt über 3000 Mitglieder. Das ist ein Beweis, wie fest die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Wirrwarr dieser erregten Zeiten steht. Vor wie nach erbilden wir in den Grundfragen unserer christlichen Weltanschauung die Richtlinien unserer wirtschaftlichen Interessenvertretung, und sind nicht gewillt, von diesem sicheren Felsen aus nur einen Faden breit abzuweichen. Wir erkennen an den tiefen Rissen und klaffenden Spalten im Sozialismus die Zeichen seines Zerfalls. Mag es seinen Führern nochmals gelingen, alle widerstrebenden Elemente für kurze Zeit zusammenzufassen, da der sichere Boden fehlt, wird auch dieses Gebäude wieder zerfallen, wie vor dem so manche andere Erziehung. Wenn nun ein vom Deutschen Metallarbeiterverband sich abzwelgender Teil seiner Mitglieder ein syndikalistisches Organisationsgebilde gründete, deren Anhänger sich selbst wie die Spartakisten und Bolschewisten als „Männer der Tat“ bezeichnen, mit zügellosem Dreck und schamlosem Terror auf von uns einige Mitglieder erpressen, so bedauern wir die armen Toren doppelt, weil ihnen der Mangel an freien Festhalten fehlt. Denn auch dies spartakistische Gebilde wird verschwinden, sobald die Gewerkschaft der Sicherheitsmänner vorbei ist. Jetzt sind wir die Arbeiterzeitungern aus als überlegte christliche Gewerkschaft, werden wir unermüdet auf der ganzen Linie weiter, dann ist dies die sichere Gewähr, allen Stürmen zu trotzen und dieselben zu überwinden.

In der Ansprache traten alle Redner diesen Ausführungen bei und betonten, daß es jetzt doppelte Pflicht sei, für die Organisation voranzutreiben, damit noch im ersten Quartal die doppelte Mitgliederzahl überschritten würde.

Am ersten Vorsitzenden wurde Kollege Seupke einstimmig wieder gewählt und ihm damit das Vertrauen der gesamten Mitglieder ausgesprochen. Da die Wahl der anderen Vorstandsmitglieder in den Reihen vorbereitet war, so ging dieselbe glatt vonstatten. Gewählt wurden folgende Herren:

Wilhelm Weiskamp, Heinrich Ademann, Peter Bernes, Anton Dücking, Karl Dallen, Wilhelm Schmitz, Hubert Kante, Rudolph

Wiem, Gottlieb Klein, Ludwig Mandl, Jakob Schäfer, Franz Spelsberg, Johann Steinmayr, Peter von der Wippel, Ernst Winand.

Die Parteidelegierten sind in den einzelnen Abteilungen, und zwar auf die ersten 50 Mitglieder zwei Delegierte und auf jede angefangenen 200 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu wählen, sowie die gewählten Mitglieder der Ortsverwaltung zu melden.

Stattens des Vorstandes wurde der Generalversammlung ein Antrag auf Beschaffung eines Hauses zur Errichtung eines eigenen Arbeitervereins und Gewerkschaftshauses für die Bewegung unterbreitet. Mit der Reigenen Mitgliederzahl kann der Verein in den bisherigen Räumen nicht bewältigt werden. Das erkannte die Generalversammlung einstimmig an und legte durch folgenden Antrag fest:

„Es wird ein Baufonds gebildet, zu dem freiwillige Beiträge gesetzt, die durch Kaufsmandate quittiert werden. Die Marken sollen in einer Höhe von 25, 50 und 100 Pf. ausgeben und bei jeder Gelegenheit durch die Beitragskassierer den Mitgliedern angeboten werden. Zur Leistung dieser Beiträge wird ein jeder Gewerkschaftler moralisch verpflichtet.“

Nach Annahme dieses Antrages wurde die Generalversammlung zur Erledigung der weiteren Anträge verlegt. Vizepräsident Kollege Schmidt richtete am Schluss begeistert auf unsere heutige Lage zugehörige Worte an die Versammlung, hob besonders hervor, daß die Lage von der heutigen Arbeiterbewegung ein anderes Bild zeige, wie man es außerhalb Düsseldorf sehen könne, und ermahnte, so weiter den Geist der Einigkeit und Entschlossenheit zu wahren und werbend bis zum letzten Mann für die eigene Sache zu wirken.

*

Bochum. Vor kurzem fand im Bochumer Hof eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Verwaltungskasse statt. Kollege Köhler eröffnete sie und wünschte allen Kollegen ein glückliches neues Jahr. Wegen der zweitägigen Schicht kann in den Betrieben nicht genügend bedient werden. Dieses muß von jetzt an im Haus erledigt werden. Sollte ein Kollege nicht bedient werden, so möge man sich bei den betreffenden Obmännern melden. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Geschäftsführer Kollege Mehinger vom Konjunkturverein „Einigkeit“ das Wort. Einleitend schilderte er den beispiellosen Zusammenbruch Deutschlands. Wir können zusehen, wie das Drama sich abspielt. Wir stehen an dem Wendepunkt der deutschen Arbeiterbewegung. Wir sind alle hinausgezogen mit großen Hoffnungen. Der Krieg ist für uns verloren. Aber trotzdem dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Wir müssen uns wieder emporarbeiten. Unser Streben muß sein, den letzten Mann der Organisation zuzuführen, dann werden wir auf die Dauer große Erfolge zu verzeichnen haben. In der Sozialdemokratie ist kein Platz für den christlichen Metallarbeiter. Kollege Mehinger legte die augenblickliche Situation auseinander. Das Wirtschaftsleben hat nicht durch Streiks unterbrochen werden. Es steht für uns sehr viel auf dem Spiele. Wir wollen aufbauen für uns und unser Volk. Kollege Mehinger kam auf die Genossenschaft zu sprechen und hob hervor, wie Wucher und Schleichhandel das deutsche Volk schädigen. Nur ein geregelter Leben im Konsum des Volkes kann das helfen. Sorgen wir, daß der letzte Mann der Konjunkturgenossenschaft „Einigkeit“ zugeführt wird.

Kollege Girtler-Eisen legte die Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auseinander. Berufs- und Gewerkschaften sollen errichtet werden. Die Vereinbarungen müssen gehalten werden. Wir müssen uns sagen, daß wir nicht alles mit einem Schlage durchbringen können. Die augenblickliche radikale Stimmung kann das auf die Dauer nicht so weiter gehen. Kollege Girtler legte die Revolutionsgeschichte auseinander. Nachdem an der Tatsache nichts mehr zu ändern war, haben wir uns nachgedrungen auf den Boden der jetzigen Tatsachen gestellt. Wenn wir im alten Deutschland eine Vereinbarung notwendig hatten, so haben wir diese im neuen Deutschland noch viel notwendiger. Kollege Girtler legte das neue Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auseinander. Diese gemeinsame Arbeit haben wir stets erstrebt unter Wahrung der Interessen beider Teile. Kollege Girtler betonte dann, auch das Verbandsorgan genau zu studieren und die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Wenn wir auf diesem Gebiete so weiter arbeiten, dann wird unser christlicher Metallarbeiterverband wachsen, blühen und gedeihen.

Kollege Engel dankte den Rednern für die schönen Ausführungen und schloß die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

*

Gelsenkirchen. In einer für die Gehilfen und Lehrlinge des Kleinwerkes einberufenen Versammlung, die einen über Erwarteten guten Erfolg aufwies, referierte Kollege Gewerkschaftsführer Götze-Eisen über die Lage im Kleinwerke. Angesichts der gegenwärtigen Situation erwartete Redner ein Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Handwerk, wie es sich bereits im Großgewerbe und im Bergbau durchgesetzt habe. Eine Fälligkeitnahme der Innungen und Arbeitgeberverbände im Handwerk mit den gewerkschaftlichen Organisationen fehle zur Zeit noch vielfach. Die vor dem Kriege bestehenden Tarifverträge seien mandatorisch durch Nachträge zwar ergänzt worden, die jedoch meist nicht mit der Entwicklung und den Steuerungsverhältnissen handgehalten hätten. In vielen Orten und Berufen sind die Tarifverträge abgelaufen während der Kriegszeit. Erneuerungen fanden nicht statt oder noch bestehende Tarifverträge fanden vor beiden Seiten keine Beachtung mehr. In allen diesen Verhältnissen muß nun neu aufgearbeitet werden. Dieses ist besonders auch in der Übergangszeit um Interesse beider Teile nötig.

In der nach dem Vortrag einsetzenden Aussprache wurde betont: daß die Gehilfenschaft kommt hier vorerst ein reiflicher Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation in Frage. Im gemeinsamen Zusammenwirken im christlichen Metallarbeiterverband werde sich am besten die gegenwärtige Lage erfassen lassen. Die Einzelbeschwerden und Wünsche werden hier durch eine geschlossene Mitarbeit zu einem Gesamtwillen gerinnt, der dann den maßgebenden Faktoren des Kleinwerkes zu unterbreiten wäre. Eine Mißbeurteilung besonderer Beschwerden kam zur Sprache. Während in Essen der Lohn für Instandsetzer auf 1,80 M., in Bochum auf 1,50 M. steht, sind in Gelsenkirchen solche Bedienstete meist nicht zu finden. Gegenüber den heutigen Löhnen in der Großindustrie und dem Bergbau haben die Löhne in den einzelnen Branchen des Kleinwerkes noch bis zu 6 M. pro Tag zurück. Bisher besteht auch noch eine längere als die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit von 8 Stunden. Alle Vorkommnisse einzelner Gehilfen bleiben meist fruchtlos. Über die acht Stunden hinaus Zuschläge zu zahlen, lehnt man teilweise gleichgültig ab. Dort, wo die Achtstundenschicht eingeführt wurde, geschah es meist ohne den notwendigen Ausgleich im Verdienst. Und doch muß auch die Frau des Gehilfen und Mütter des Lehrlings die dringenden Bedürfnisse zum Lebensunterhalt tragen. Sie fordern nochmals die Gehilfenschaft auf, weiterer Gehilfenschaft, Schallerstraße 45, alle Fälle, in denen der Achtstundentag noch nicht eingeführt wurde, mitzuteilen. Von den Innungen sollte man aber auch erwarten, daß sie sich baldigst bemühen, hier zu einer einheitlichen Schlichtung zu kommen. Sehr gefällig wurde auch in dieser Versammlung (Wörter von Lehrlingen waren anwesend) darüber, daß das Lehrlingswesen in mancher Hinsicht einer Kritik bedürftig. Das den Lehrlingen gewährte Entgelt bewirke sich teilweise noch in den Ferienzeiten. Der Erneuerung in der Richtung zu tragen, gebe es nicht. Der Plan nach einer angebotenen Erneuerungszulage müsse sich Gehör verschaffen. Auch über die Einwirkung der Arbeiterzeitung wurde geredet. Seit der Abfassung eingeleitet ist, so sei diese Zeitung mit großer Begeisterung, das hoch von Sorgen bis zum Abbruch Gehilfen und Lehrlinge im Geschäft liegen müssen. Parzen von zwei Stunden in einer ungeschickten Weise sind praktisch und besonders auch gesundheitlich zu bewerten. Von einem Lehrlingswesen darf gesprochen werden, wenn in einem Falle auf vier Gehilfen 15 Lehrlinge, in einem anderen Falle auf zwei Gehilfen 25 Lehrlinge be-

schäftigt werden. Derartige Fälle sind keineswegs vereinzelt, und können wie mit gleichen noch dienen. Wo bleibt und kann hier der Beschäftigungsvertrag, die Jugend zu lästigen Gehilfen heran zu führen, erfüllt werden. Manche Eltern beklagen denn auch in dieser Hinsicht das schlimmste. Aber bei allen Klagen in der Versammlung kam auch wieder zum Ausdruck, besonders appetitvoll man auch an die aus dem Felde zurückgekehrten Gehilfen, sofortigen Anschluß an die Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband zu nehmen. Die Geschäftsleitung des Verbandes hier am Ort gab der Meinung Ausdruck, daß wohl nicht alles auf bösen Willen zurückzuführen wäre. Auf das Konto des Krieges sei manches zu setzen. Manches Geschäft sei ohne Meister und oberständlicher Verantwortung gewesen. Die Verhältnisse und ein guter Wille allesamt werde sicherlich in nächster Zeit die richtigen Wege finden lassen.

Hierzu die nötigen Vorkarbeiten zu leisten, Gehilfen und Lehrlinge in weiterer Form zu interessieren und zu erziehen, wird vom christlichen Metallarbeiterverband alles Notwendige veranlaßt und getan werden. In Betracht kommen Elektriker, Klempner und Instandsetzer, Bauhilfsarbeiter, Schmiede. Jeder stelle seine Kraft im Dienste seines Berufes.

*

Oberschleichen. Wie im letzten Deutschland hat auch im ober-schleichen Industriegebiet das Arbeitsverhältnis eine g. unbilligende Veränderung erfahren. Arbeitszeit, Entlohnung sowie das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag wurden in bester Weise renoviert. Wenn trotzdem noch Unzufriedenheit besteht, so entspringt diese der ständig wachsenden Teuerung, ein Umstand, dem nicht mit direkten gewerkschaftlichen Mitteln beigekommen ist. Die Teuerung entspringt einmal der Warenknappheit, ferner der ständig zunehmenden Geldentwertung. Die Warenknappheit kann nur durch Erhaltung im Inland oder durch Zufuhr aus dem Ausland behoben werden. Der steigenden Geldentwertung ist nur beigekommen, wenn Mittel in Anwendung gebracht werden, wodurch die Geldsummen empfindlich an ihrem Postenmonnaie getroffen und dadurch die Papierinflation eine Mäßigung erfährt. Die Gewerkschaften sowohl wie auch die Unternehmer haben allen Grund, besonders diesen letzten, noch wenig bekannten Unheilquellen etwas mehr Beachtung zu schenken.

Die Einleitung zu den Neuerungen der Arbeitsverhältnisse hatte schon vor Eintritt der Revolution stattgefunden. Schritte diesbezüglicher Art waren zwischen der Arbeitergemeinschaft und dem ober-schleichen Berg- und Hüttenmännischen Verein im Oktober 1917 unternommen.

Die Herren Industriellen zeigten in der ersten großen Zusammenkunft, die mit den Arbeitervertretern am 18. November stattfand, Entgegenkommen. Wenn demgegenüber die Delegierten der Gruben sich mißtrauisch gegen die Gewerkschaftsführer und maßlos gegen die Industriellen zeigten, so entspringt das Ursachen, die zum Teil aus den Verhältnissen ihre Erklärung finden. Die ober-schleichen Industriellen hatten die Arbeiter in ein beratendes wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis gebracht und die gewerkschaftliche Aufsichtungsarbeit bereit unterbunden, daß eine staatsgerichtliche Schlichtung nicht bewirkt werden konnte. Unter diesen Umständen mußte die radikalste Klassenamplifikation welche die Sozialdemokratie betrieb, die unheilvollsten Folgen in dem Moment auslösen, wo die wirtschaftlichen Fesseln, mit welchen die Arbeiter wiedergehalten wurden, in Wegfall kamen. Ein abtrünniger führender Beamter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes mit Namen Wabner zeigte, um die Massen für seine neue radikale Organisation zu gewinnen, in unverantwortlicher Weise auf. Die die Verantwortung tragenden Gewerkschaftsführer, die diesem Treiben entgegenzutreten mußten, wurden als hochverratige Entfesselt denunziert. In gleicher Weise arbeitet die bolschewistische sozialistische Bewegung. So ist in der Arbeiterbewegung im ober-schleichen Industriegebiet eine Verantwortung entstanden, über welche sich ein Fernstehender kaum eine richtige Vorstellung machen kann. Auch die Arbeiter selbst wissen sich in diesem Chaos schwer zurecht zu finden.

Nimmt man nun noch das mangelhafte eigene Urteil der Massen hinzu, die zum Teil dort hingehen, wo ihnen das meiste versprochen wird, so wird erklärlich, daß sie ihre Organisationszugehörigkeit mit der Tagesmeinung wechseln. Wenn in einem Betriebe ein redegewandter Arbeiter auftritt und Stimmung durch Ueberzeugung oder Drohmittel zum Umschlag an eine andere Organisation macht, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß er Erfolg hat. So sind Beispiele vorhanden, wo ganze Betriebe von einem Verbande in den anderen abglitten, um dann am Schlusse bei der politischen Berufsvereinigung zu landen.

Das schlimmste ist, daß diese Grundlosigkeit auch noch durch allerlei Mittel von verschiedenen Gewerkschaften selbst genährt wird. So jagt die Ortsgruppe Bismarckhütte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für jede Neuaufnahme 50 Pf. Es sollen, wie berichtet wird, Vertrauensmänner auf einen Schlag 400 M. als Entgelt für Neuaufnahmen erhalten haben. Daß egoistisch und terroristisch veranlagte Arbeiter sich jeweils Gebervorbereit, das Ansehen der Organisation schädigenden Mittel bedienen, um die Arbeiter in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband hineinzupressen, liegt auf der Hand. Man geht noch weiter und droht, daß die Arbeiter, die bis zu einer gewissen Zeit nicht im roten Metallarbeiterverband organisiert sind, auf Veranlassung der Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes excommuniciert werden. Das geschieht in Bismarckhütte in Bismarckhütte. Auf der Fabrikhütte in Schwidowitz wurde den Arbeitern gedroht, daß sie täglich 3 M. weniger verdienen sollten, falls sie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert. In Bismarckhütte wurde die Arbeiterkraft dadurch in die sozialdemokratische Organisation gepreßt, daß man ihnen mit Entziehung der Lebensmittelfürsorge drohte. Auch unsere Kollegen hatten unter diesem roten Terror zu leiden, haben sich jedoch auch mit Erfolg zur Wehr gesetzt. Diese Agitationsmethode des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wollen wir niedriger hängen.

Da nun Arbeiter- und Soldatenräte ebenso wie die Arbeiterausgleichsmittel fast allgemein existieren, ist das Anwachsen der sozialistischen Verbände leicht begreiflich. Der Terror ist eben seine Wirkung.

Ob das hier geschilderte sozialdemokratische Vorgehen ihnen auf die Dauer von Nutzen sein wird, wird die weitere Entwicklung lehren. Sicher ist, daß die stets gezeigten Ideale, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit durch die Praxis ins Gegenteil verkehrt worden sind und täglich ins Gegenteil verkehrt werden.

Der alte kapitalistische Zwangsstaat ist gestürzt und an seiner Stelle beginnt sich, wenn das so weiter geht, ein neuer schlimmerer sozialistischer Zwangsstaat zu entwickeln.

In den hier gekennzeichneten Handlungen, die hoffentlich nicht allgemein in Deutschland sind, erwacht sich die Sozialdemokratie nicht als Lebensspenderin, sondern als Totengräberin der Freiheit.

Unsere heutigen christlich organisierten Kollegen und Kolleginnen, die sich dadurch, daß sie trotz Drohungen und Terror, den christlichen Idealen treu bleiben, als Charaktereigenschaften erwiesen, rufen wir zu: Halte aus auf euren Posten, agitiert und sammelt durch richtige Anführung immer mehr Kollegen zu dem halbtägig angewachsenen Heer unserer Mitglieder. Der Zeitpunkt ist da, wo wir nicht mehr durch theoretische Darlegungen, sondern durch die Praxis davon überzeugt werden, daß nicht im Anschluß an die, die glückliche Moral derneuernde Sozialdemokratie das Ziel unserer Zukunft und die wahre Freiheit zu erwarten ist. Dazu kommen wir nur, wenn wir eine im Sinne der christlichen Moral orientierte, radikal christliche Arbeiterbewegung schaffen, die den Unterbau der neuen Gesellschaft bildet.

Erkenne wir uns daher der Zeit noch sehr verdankend hohen Mission, die wir als christlich organisierte Arbeiter für den Ausbau einer glücklichen gesellschaftlichen Ordnung zu leisten haben, voll bewußt. Und dieses Bewußtsein soll aus Mut und Kraft geben, allen Schwermütigkeiten trotzend, für die Erringung unserer Organisation zu arbeiten.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 1. März 1919:**
Mülheim-Saarn. 7,30 für sämtliche Mitglieder bei Hofenbühl
Paan. Nachmittags 4,30 Uhr bei Steinberg, Hof. Hof. Wood
Wauhin. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Klappes
Wobert-Langenberg. 6 Uhr abends.
Sonntag, den 2. März 1919:
Wobert. 6 Uhr abends Vertrauensmännerziehung bei Locum
Wobert-Ernstheide. 11 Uhr Versammlung bei Bäteführ, Wäp-
 ra:her Straße.
Essen-Fuhr. (Jugendabteilung.) 4,30 Uhr nachmittags im
 Lokale Pinf, Altendorfer Straße 299, Jugendversamm-
 lung. Wichtige Tagesordnung. Unter anderem Vortrag. Er-
 scheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig. Nicht
 Mitglieder sind herzlich eingeladen.
Essen-Mitteln. 11 Uhr bei Ullmann, Bleihofstr. 37.
Essen-Mitteln. 11 Uhr bei Dines, Annastraße.
Essen-Orbe-Wellig. 5 Uhr bei Kuhlmann, Weidkamp 115
Essen-Wellig. 11 Uhr bei Bud, Müller.
Mülheim-Nuhr. Um 10 Uhr findet bei Tappe, Hofstraße 36
 Zahlung der Beiträge für Krankengeld-Zuschüsse statt.
Samstag, den 8. März 1919:
Elberfeld. 7,30 Uhr bei Hertentrath, Gr. Klobbahn 5.
Sonntag, den 9. März 1919:
Dortmund-West. 11 Uhr bei Behmacher, Kaiserstraße in W
 faden.
Dortmund. 3 Uhr Generalversammlung beim Gastwirt Edart
 Kaiser-Wilhelm-Straße 69.
Wobert. 4 Uhr Versammlung bei Roz, Restaurant zur Vor-
 referent Kollege Burgart.
Sonntag, den 16. März 1919:
Dinslaken. 5 Uhr Mitgliederversammlung bei Stienhaus, Bah-
 nstraße. Referent Kollege Burgart.

„Das Gewinde“

2. ergänzte Auflage. Ein unentbehrliches Handbuch für Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Rädermaße für rund 7750 Gewinde. Leichtverständliches Lehrbuch für den Arbeiter zum Gewindeschneiden, Konischdrehen, Gradinstellung, Umdrehungsgeschwindigkeit und dergl. Zu beziehen von Wilhelm Schuler, Augsburg, Imholzer, 79. Preis 5,25 Mk. per Nachnahme 30 Pfg. mehr. (Postschekkonto Nr. 9339 München.)

?? ? Welcher ?? ?

Galvaniseur

Welcher gegen außer Honorar galvanische Bäder für das Massenabgalvanisieren von Eisen- und Stahlteilen ein? Direktoren zu beziehen. Angebote von Spezialisten unter Nr. 444 an die Geschäftsstelle des „Echo vom Niederrhein“, Duisburg, Düsselstraße 15.

Jahresblätter ersten Ranges mit vielen Abbildungen.

Der Metallarbeiter 8,70 M. Werkstättenbetrieb 10,35 M. Werkstattbuch 3 M. Der Schlosser 17,35 M. Der Aufschloßer 6,90 M. Gaschloßer 7 M. Mob. Schlosser- und Schmiedearbeiten 13 M. Mob. Kunstschmiedereien 12 M. Berechnen der Gewinde 6 M. Der Fahrradrep. 6 M. Die Formerei 12 M. Metallschleifer 18 M. Metallbrecher 12,70 M. Die Dreherei und ihre Werkzeuge 16,05 M. Autog. Schweißen und Schneiden 12 M. Dreharbeit und Werkzeuglehre 22,05 M. Die Werkzeuge und Arbeitsverfahren der Pressen 28,60 M. Gärtechnik 9,90 M. Der Spritzguß 25,25 M. Die Wasserräder und Turbinen 13,3 M. Die Gasturbinen 21,1 5 M. Die Dampfmaschinen 9,40 M. Die Inbulationsmotoren 9,40 M. Die Oelmotoren 9,90 M. Die Windkraftmaschinen 10,35 M. Die Mechanik 5,70 M. Chemie und Elektrochemie 5,35 M. Metallschleifen und -polieren 8,70 M. Metall- arbeitslehre 11 M. Metallschleifer 3,55 M. Elektrische Metallbearbeitung 1,70 M. Der Kupferschmelz 10 M. Die Wasserförderung 16 M. Die Mob. Inskateur mit Modellbb. 28,20 M. Der Wasserleitungsrifflo- zur 10 M. Die Warmwasseranlagen 8,70 M. Die Heizungsanlagen 1,35 M. Der Klempner 16 oder 34 M. Die Hochspannungslinien 4,10 M. Der Dachdecker und Bau-Innen 8,70 M. Der Maschinenbauer 22,70 M. Prakt. Ratgeber für Maschinenbauer 10,35 M. Die Maschinenbauer' S M. Vorrichtungsbau 19 M. Maschinenzeichnen 14,30 M. Der Maschinist 10 M. Bedienung und Schaltung von Dynamen 5,20 M. Der mob. Heizungsmonteur mit Modellbb. 13,75 M. Der mob. Feiler und Kettler mit Modellbb. 17,20 M. Elektrische Apparate 46,75 M. Elektr. Starkstromanlagen 8,80 M. Elektrizität im Haus und Gewerbe 8,70 M. Leitfaden der Elektrotechnik 8,80 M. Elektr. Licht- und Kraft- anlagen 4 M. Schweiß- und Schaltungsapparate 4 M. Funktelegraphie 4 M. Telegraphen- und Signalanlagen 9,40 M. Flugzeugtechnik 4 M. Berechnung der Schraubenpropeller 5,70 M. Berechnung von Motor- schiffen 15,55 M. Berechnung von Luftschrauben 9,40 M. Konstruktion der Waage 14 M. Mob. Gewerkschaften 6 M. Prakt. Technikum 14,85 M. Der Lohnberechner 2 M. Rechenhilfen 3,35 M. 1000 chem.-techn. Rezepte zu Handels- und Gebrauchsgütern 5,50 M. Gegen Nachnahme von L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin E. 253, Dresdener Straße 80.

Kalkulation

und moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau.

Von D. Schwenn, 288 S., 153 Abb., geb. M. 6.50.
Die richtige Vorausbestimmung der Herstellungskosten von Werkstätten für den Maschinenbau bedeutet nicht nur für den Fabrikanten ein Sollmerk gegen die Konkurrenz in awen und schlechten Zeiten, sondern schafft auch zufriedenstellende Zustände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Lohnpreise sollen nicht erakten oder gestrichelt sondern auf Grund wissenschaftlicher Studien und nach festgelegten Grundregeln bestimmt werden. Diese Ziele verfolgt dieses Buch! Einiges aus dem Inhalt: Veranschaulichte Lohnsysteme, Bedeutung der Kalkulation, Schlichte- ständigkeit, Vorkauf, Lohnzahl, Bestimmung der Preise für ver- schiedene Dreharbeiten und serienweise Herstellung der von Plan- dreheren. Gew. abgeben, Arbeiten auf der Revoilverband, Fräsen stellen, Käder trähen nach dem Abwälzverfahren, Regelräder und Gewinde trähen, Korradreifen, Hobeln, Erösen, Schleifen, Schlofferarbeiten. Gegen Einbindung von E. 6.75 (Nachnahme 6.90). Edm. Herrmann, Abt. 5, Berlin, Fruchtstr. 51.